

Exportversuch

Der Asylkompromiß im Pro und Contra

Nach Bekanntwerden des Asylkompromisses vom Nikolaustag 1992 rieb man sich die Augen: Was lange Zeit schier aussichtslos schien, sollte mit einemmal gelungen sein. Von Mitte links bis rechts gab man sich zufrieden. Konnte das angehen? Wollte man nur sein Gesicht wahren, wenn die einen betonten, das individuelle Asylrecht mit Rechtswegegarantie sei erhalten worden, während die anderen mit derselben Berechtigung sagen konnten, nun sei endlich eine Lösung gefunden worden, mit der die Zahl der Asylbewerber nachhaltig abnehmen werde?

Des Pudels Kern: Wenn die nun zwischen Regierungsparteien und SPD gefundene Lösung Gesetzesrealität werden sollte, wird man weniger nach den *Gründen im Einzelfall* fragen, die die Menschen den rettenden Status des anerkannten Asylanten suchen lassen, sondern danach, *aus welchem Land* sie nach Deutschland gelangen. Kommen sie aus den als „sichere Drittstaaten“ angesehenen westlichen wie östlichen Nachbarländern, erübrigt es sich von vornherein, einen Antrag auf Anerkennung als Asylant zu stellen. Mit anderen Worten: Asylbewerber haben praktisch nur mehr Aussicht auf Anerkennung, wenn sie mit Visum und Flugticket ausgestattet über einen der deutschen Flughäfen ins Land kommen. Der Landweg ist ihnen praktisch verwehrt, der Seeweg ohnehin nur in Ausnahmefällen von Bedeutung. Und um gerade gegenüber den beiden östlichen Anrainerstaaten nicht allzusehr in den Ruf zu geraten, man exportiere ein Problem in die ohnehin problembeladenen neuen Demokratien Mittel-Osteuropas, zeigt man sich zu finanziellem Entgegenkommen bereit.

Die *kirchlichen Reaktionen* ähnelten im Grunde denen aus Politik und Gesell-

schaft: Im Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz zeigte man sich befriedigt, daß die „quälende Diskussion“ mit der in Aussicht genommenen Lösung bald mit einem akzeptablen Ergebnis zum Abschluß gebracht werde. Unmittelbar vor Beginn der Verhandlungen hatten die beiden großen Kirchen in einer gemeinsamen Erklärung (vom 25. 11. 92) von Deutscher Bischofskonferenz und Rat der EKD die Politik ausdrücklich dazu aufgefordert, endlich die erforderlichen Entscheidungen zur Asylfrage zu treffen; darüber hinaus enthielt die Erklärung auch einige konkrete Vorschläge, die sich – wenn auch mit Abstrichen – nun teilweise in den Vereinbarungen zwischen Koalition und SPD wiederfinden: Schaffung eines temporären Status für Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlinge; beschleunigte Regelung der Altfälle; Umstellung der Sozialhilfe auf Sachleistungen. Ansonsten hatten die Kirchen sich vor allem für den prinzipiellen Erhalt des individuellen Rechts auf Asyl ausgesprochen: Die Grundgesetzfassung des Asylrechts sei ein Vermächtnis aus den Erfahrungen „unserer Geschichte in der Zeit des Nationalsozialismus und zugleich ein Beitrag zur Weiterentwicklung der Menschenrechte“.

Insofern verwunderte es auch nicht, wenn man in der Bonner Kaiserstraße wie auch im Kommissariat der Bischöfe die gefundene Regelung alles in allem begrüßte, selbst wenn man sich im Sekretariat eine Hintertür offen hielt mit der Bemerkung, die tatsächlichen Auswirkungen dieser Lösung ließen sich z. Z. noch nicht übersehen. Beim Deutschen Caritas-Verband zeigte man sich hingegen enttäuscht, weil damit in der Praxis kaum mehr Flüchtlinge zum Asylverfahren zugelassen würden.

Kritiker wie Befürworter des Asylkompromisses treffen indes durchaus Richtiges. Man kann die gefundene Lösung im Kern für unvermeidlich und in der Sache vertretbar halten und dennoch *erhebliche Defizite* ausmachen. Die Zufriedenheit darüber, in dieser verfahrenen Materie schließlich doch noch zu einer einvernehmlichen Lösung über Re-

gierungs- und Oppositionsgrenzen hinweg gekommen zu sein, wie sie Politiker aller Parteien nun vor sich her tragen, wird durch Verschiedenes entscheidend getrübt: Der Eindruck, als habe sich die Politik auf diesem Gebiet erst als handlungsfähig erwiesen, als Asylbewerberheime in Flammen standen, ist und bleibt eine schmerzliche Hypothek dieses Kompromisses. Selbst wenn „hätte“ keine Kategorie praktischer Politik sein sollte – mit ihrem z. T. parteitaktisch motivierten Zuwarten hat die deutsche Politik zu der besonderen Gemengelage im Zusammenhang mit der Ausländer- und Asylantenfrage der letzten Monate wesentlich beigetragen.

Vor allem wurde aber auch diesmal die Gelegenheit verpaßt, zu eindeutigeren Vereinbarungen in bezug auf die Schaffung wenn auch begrenzter, so doch verbesserter und nicht nur von den Kirchen eingeforderter *Zuwanderungsbedingungen* zu kommen – und zwar – wie es in der Kirchenerklärung ausdrücklich heißt – „nicht nur für gern gesehene Fachkräfte“. Insofern suggeriert die gefundene Lösung den fatalen Eindruck, mit etwas Manipulation an den gesetzlichen Grundlagen ließe sich dieses Problem entscheidend entschärfen. Der Zuwanderungsdruck nach Mitteleuropa und gerade auch nach Deutschland dürfte jedoch aufgrund dieser Lösung auch im besten Fall nur unwesentlich geringer werden. Bis heute sind im Grunde nur wenige Ansätze bei Politikern erkennbar, den Stimmbürger mit dem *weltweiten Flüchtlings- und Wanderungsproblem*, mit dem alle Industrieländer des Nordens konfrontiert sind, vertraut zu machen. Die innenpolitischen Verwerfungen der letzten Monate sind möglicherweise nur ein Vorgesmack auf Auseinandersetzungen, die den Industrieländern noch bevorstehen.

Der Versuch, das Asylantenproblem über die Kategorie der „sicheren Drittstaaten“ gewissermaßen zu exportieren, kann schließlich nicht darüber hinwegtäuschen, daß diese Herausforderung von einem einzelnen europäischen Land gerade nicht zu bewältigen ist.

Würden bestimmte Länder allein aufgrund ihrer geographischen Lage gravierend benachteiligt, wäre die deutsche Kompromißlösung tatsächlich nur ein – wie teilweise kritisch angemerkt wurde – durchsichtiges Alibimanöver. Deutschland als Restasylland ist ebensowenig eine Lösung wie die Verlagerung des Problems auf die Länder, die der historische und geographische Zufall zu Grenzländern gegenüber ärmeren Teilen der Welt bestimmt hat. *nt*

Unvorstellbar

Die Botschaft des Welt-Aids-Tages

Die 22 000 kleinen Stoffquadrate auf dem Rasen des Weißen Hauses in Washington bildeten einen riesigen Flickenteppich. Ebenso einfach wie deutlich war die Botschaft, die hinter der eindrucksvollen Demonstration stand: 22 000 Aids-Opfer, deren Namen auf die Stoffquadrate geschrieben waren, sind keine Einzelfälle, die Politik und die breite Bevölkerung gleichgültig lassen können. In den achtziger Jahren waren Aids-Tote und neue Zahlen über Infizierte grundsätzlich schlagzeilenträchtig. Anzeichen einer regelrechten Aids-Hysterie waren erkennbar, besonders in der erschreckenden Diskriminierung Betroffener. Dagegen ist heute von einer Aids-Hysterie in unseren Breiten nichts mehr zu spüren. Lethargie, ein fatales „geht mich nichts an“, gemischt mit einer Portion Arglosigkeit scheinen sich statt dessen zu etablieren. Die Immunisierung gegenüber wissenschaftlichen Fakten – trotz massiver Forschungsanstrengungen ist ein Impfstoff immer noch nicht gefunden – und der unermüdlichen Aufklärungsarbeit der Aids-Initiativen gelingt immer noch, dank der Individualisierung des Aids-Problems und der Stigmatisierung von Risikogruppen. Absolut unerklärlich aber werden verbreitete Verharmlosung und Gleichgültigkeit mit Blick auf die weltweite Dimension von Aids.

Das war die zentrale Botschaft des 5. Welt-Aids-Tages, der am 1. Dezember letzten Jahres begangen wurde. Dessen Motto „Aids – eine Aufgabe für die Gemeinschaft“ war in erster Linie ein Appell an internationale Solidarität. Die Informationen, die die Weltgesundheitsorganisation (WHO) zu diesem Anlaß veröffentlichte, laufen wie viele Katastrophenmeldungen Gefahr, daß sie die Vorstellungskraft ihrer Adressaten übersteigen: Rund 5000 Menschen infizieren sich nach WHO-Schätzungen täglich mit dem HIV-Virus, der die Immunschwächekrankheit Aids verursacht. Weltweit gibt es etwa zehn bis zwölf Millionen HIV-infizierte Erwachsene sowie zusätzlich eine Million infizierte Kinder. Bereits zwei Millionen Menschen sind an Aids erkrankt. Die Hartnäckigkeit, mit der das Problem immer noch auf die Randgruppen der Homosexuellen und Drogenabhängigen reduziert wird, hat wohl den Hinweis der WHO provoziert, daß im vergangenen Jahr bereits 75 Prozent aller Neuinfektionen durch *heterosexuelle Kontakte* hervorgerufen wurden.

Aids trifft besonders die *Entwicklungsländer*. 80 Prozent der Erkrankten leben in der Dritten Welt. Dabei ist Afrika am stärksten von der Seuche betroffen. In nur fünf Jahren hat sich die Zahl der infizierten Afrikaner verdreifacht, fast die Hälfte aller weltweit bekannten Aids-Fälle wurden aus afrikanischen Ländern gemeldet, rund 7,5 Millionen Afrikaner tragen die tödliche Immunschwächekrankheit in sich. Das UNO-Kinderhilfswerk (Unicef) hat jüngst eine Schätzung veröffentlicht, nach der bis zum Jahr 2000 insgesamt fünf bis zehn Millionen Kinder in zehn afrikanischen Ländern infolge der Seuche zu Waisen werden.

Indien hält dagegen den traurigen Rekord bei der Zuwachsrate: Die Zahl der Opfer verdoppelt sich alle sieben Monate, bilanzierte im November letzten Jahres der „Zweite Internationale Kongreß über Aids in Asien und der pazifischen Region“. Nach WHO-Angaben beträgt die Zahl der Infizierten in Indien und Thailand 1,5 Millionen Männer,

Frauen und Kinder. Abweichende Zahlen – manche Experten schätzen die Zahl der Infizierten auf drei Millionen – sind nur ein weiteres Indiz der epidemischen Ausbreitung. Die volkswirtschaftlichen Schäden, die Asien aus der Epidemie entstehen, schätzt die Weltgesundheitsorganisation auf mehrere zehn Milliarden Dollar – allein für Thailand könnten es in den kommenden acht Jahren neun Milliarden Dollar sein.

Ausweglos scheint dabei die unheilvolle Verquickung von Aids mit der sozialen Benachteiligung der Frauen in den patriarchalen Gesellschaften der besonders betroffenen Länder und deren Armut. Wo Frauen gegenüber den sexuellen Bedürfnissen ihrer Männer schutzlos sind, für die Behandlung von Geschlechtskrankheiten, die das Ansteckungsrisiko enorm steigern, ebenso wie für schützende Kondome das Geld fehlt und Familien aus wirtschaftlichen Gründen getrennt leben müssen, haben noch so engagierte und aufwendige Aufklärungskampagnen wenig Chancen. Mehr und mehr werden Frauen zur Armut prostitution gezwungen. Die schiere Überlebenssicherung verdrängt die Angst vor der Ansteckungsgefahr ebenso wie bei Blutspenden unter gänzlich unzulänglichen hygienischen Vorkehrungen. Weltweit hat sich in zwei Jahren der Anteil der Frauen an der Gesamtzahl der Infizierten von 25 auf 40 Prozent erhöht. In Afrika sind mehr als die Hälfte der Infizierten Frauen, in Indien hat sich deren Zahl im vergangenen Jahr verdoppelt. Ein Teufelskreis von Armut, sozialem Status der Frauen und Aids: Obwohl mittlerweile erwiesen ist, daß der Virus durch Muttermilch übertragen werden kann, ist künstliche Babynahrung in den meisten Fällen unerschwinglich. Während in den USA und Europa nur zwei Prozent aller Aids-Patienten jünger als 13 Jahre sind, sind es in Afrika und den karibischen Staaten 20 Prozent. Dabei warnte die WHO jedoch auch die Industrienationen vor falschen Sicherheiten. Auch dort erkrankten in den Großstädten mehr und mehr Frauen.

Bisher sind Erziehung, Vorbeugung und Aufklärung die einzigen Möglichkeiten,